

Stimmungs- und Meinungsbild unter Angehörigen und Zivilbeschäftigte der NVA und der GT/DDR

In Dresden kam es seit dem 3. Oktober 1989 zu heftigen Zusammenstößen zwischen Ausreisewilligen und Volkspolizei. In der Nationalen Volksarmee, die bei den Krawallen ebenfalls zum Einsatz kam, regten sich Zweifel gegen das Vorgehen der Staatsführung gegen die Demonstranten.

Im Oktober 1989 spitzte sich die politische Krise in der DDR zu. Die Fluchtwelle über Ungarn und die Tschechoslowakei hatte dramatische Ausmaße angenommen. Seit September 1989 sahen sich SED und MfS einer wachsenden und sich organisierenden Oppositionsbewegung in der DDR gegenüber. Während sich die Machthaber zum 40. Jahrestag der Staatsgründung selbst feierten, protestierten tausende Menschen in Dresden, Leipzig, Plauen und anderen Städten gegen das Regime.

In Dresden war es seit dem 3. Oktober zu heftigen Zusammenstößen gekommen, ausgelöst durch die Sperrung der Grenze zur Tschechoslowakei und das Zusammenströmen von Ausreisewilligen in der Elbestadt. Insgesamt wurden über 1.300 Personen festgenommen. Die Dresdner Ereignisse wurden zum Startschuss der Revolution: Zum ersten und einzigen Mal in diesem Herbst kam es zu größerer Gewaltanwendung auf beiden Seiten. Erst auf Initiative von Kirchenleuten wurde schließlich eine friedliche Lösung für den Konflikt gefunden. Mit Hans Modrow als 1. Bezirkssekretär der SED in Dresden stand den Demonstranten auf der anderen Seite ein Funktionär gegenüber, der nach einigem Zögern einen solchen Schlichtungsversuch auch ohne Billigung aus Ost-Berlin riskierte.

Bei den Krawallen in Dresden waren Hundertschaften der Nationalen Volksarmee (NVA), die als eine Art Hilfspolizei agierten, zum Einsatz gekommen. Auch bei ihnen wurde zunehmend Unmut über die verfehlte Politik laut, wie das vorliegende Dokument zeigt.

Die Hauptabteilung I des MfS war für die Überwachung der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Grenztruppen (GT) zuständig. Auf Grundlage von Berichten inoffizieller Mitarbeiter meldete sie, dass unter den Soldaten "Zweifel" am Einsatz von Armeeeinheiten gegen Demonstranten laut werden. Mit friedlichen Demonstranten sollte stattdessen geredet werden. Besonders stark war diese Haltung unter Armeeangehörigen, selbst Führungskadern, die den Einsatz in Dresden miterlebt hatten. Zugleich wird scharfe Kritik an der offiziellen Medienpolitik geäußert, die "verantwortungslos" und "ignorant" sei. "Den Partei- und Staatsorganen aller Ebenen wird Verantwortungs- und Konzeptionslosigkeit" vorgeworfen. Vielfach werde erklärt, dass in der DDR "Veränderungen erforderlich" sind.

Signatur: BArch, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 181, Bl. 118-122

Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung I, Datum: 10.10.1989
Auswertungs- und Kontrollgruppe Rechte: BStU
Überlieferungsform: Dokument

Stimmungs- und Meinungsbild unter Angehörigen und Zivilbeschäftigte der NVA und der GT/DDR

BStU
000118

Hauptabteilung I/AKG Berlin, 10. Oktober 1989

*Gen. Briece
B. Börsig
9. 11. 89*

I n f o r m a t i o n
über das Stimmungs- und Meinungsbild unter Angehörigen
und Zivilbeschäftigte der NVA und der GT/DDR

Das Stimmungs- und Meinungsbild unter allen Personenkreisen wird wesentlich von den Zusammenrottungen und Krawallen der letzten Tage, der Diskussion über mögliche Auswirkungen der provokatorischen Ausschreitungen und antisozialistischen Aktivitäten oppositioneller Kräfte sowie der Erörterung von Varianten zur Beruhigung der innenpolitischen Lage bestimmt.

Die Bewertung der aktuellen Ereignisse wird in allen Bereichen übereinstimmend von folgenden Tendenzen bestimmt:

- Ablehnung der rowdyhaften Ausschreitungen und Befürwortung des konsequenten Vorgehens der Sicherheitskräfte.
Als typisch für die Haltung der meisten Offiziere ist die Stellungnahme eines Angehörigen der MAK "Friedrich Engels" anzusehen:

"Die gegenwärtigen Ereignisse zeigen nach langer Zeit wieder deutlich, daß der Klassenkampf auch in Form von Gewalt nicht aus dem Instrumentarium des Gegners gestrichen ist. Der harte Kern dieser aufgeputschten Menge ist nicht mehr für die Ziele des Sozialismus zu gewinnen. Es kommt darauf an, die Frage der Macht zu unserem Gunsten zu entscheiden und deshalb ohne Verzug zu handeln."

Signatur: BArch, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 181, Bl. 118-122

Blatt 118

Stimmungs- und Meinungsbild unter Angehörigen und Zivilbeschäftigte der NVA und der GT/DDR

BStU
000119
2

In den Reaktionen von Soldaten gibt es erste Anzeichen für Zweifel an der Angemessenheit des Einsatzes von Armeekräften. Sie empfinden diesen gegenüber dem "Mob" gerechtfertigt, sehen sich nun jedoch zunehmend mit "friedlichen" Demonstranten konfrontiert, mit denen man ihrer Meinung nach reden sollte.

- Massive Kritik an die Informations- und Medienpolitik, die als verantwortungslos, ignorant, defensiv und demzufolge ungeeignet angesehen wird, die Massen für die Unterstützung unseres Vorgehens zu gewinnen und die Anstifter und Rädelshörer der Krawalle bloßzustellen und zu isolieren. Die Kritik wird immer offener und fordernder vorgetragen. So hat eine SED-Grundorganisation der Sektion Gesellschaftswissenschaften der OHS "Franz Mehring" in einem Beschuß gefordert, in den Massenmedien offener über Entwicklungsprobleme unseres Landes zu berichten und die Mitglieder und Kandidaten der SED umfassender zu informieren, um so die Handlungsfähigkeit der Partei und deren Einfluß zu erhöhen.
- Angehörige des Armeelazarets Dresden reagierten angesichts der z. T. schweren Verletzungen von Sicherungskräften verbittert auf die ihrer Meinung nach entstellende und abgeschwächte Berichterstattung über die Ereignisse in unseren Medien.
- Wachsende Besorgnis, daß die entstandene Situation außer Kontrolle gerät und gravierende negative Folgen für die Gesellschaft entstehen, die den Bestand des Sozialismus in der DDR gefährden.

Die Erwartung, daß führende Funktionäre sich zur aktuellen

Stimmungs- und Meinungsbild unter Angehörigen und Zivilbeschäftigte der NVA und der GT/DDR

BStU
000120

3

Lage äußern wird immer größer. Viele verlangen eine Stellungnahme des Generalsekretärs. Verlangt werden konkrete Entscheidungen und Orientierungen wie die angestauten Probleme gelöst werden können.

Bei den Überlegungen vieler Berufskader, auch in verantwortungsvollen Positionen, widerspiegelt sich, daß sie in ihrer Lagebeurteilung zu der Schlußfolgerung gelangt sind, im gesellschaftlichen Leben der DDR seien Veränderungen erforderlich.

Die politischen und ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft und unserer Wertvorstellungen werden bei solchen Überlegungen nicht in Frage gestellt. Vielmehr sei es notwendig, die verunsicherten und, wie einige meinen, sich in steigender Zahl vom zur Zeit "praktizierten" Sozialismus abwendenden Menschen durch mehr Offenheit und die bessere Einbeziehung bei zu treffenden Entscheidungen zurückzugewinnen.

Die jetzt ergriffenen Maßnahmen (Visapflicht für CSSR Reisen, massierter Einsatz von Sicherungskräften) werden als notwendig zur Eindämmung der negativen Erscheinungen begrüßt, für die Herbeiführung dauerhafter positiver Veränderungen aber als wenig wirkungsvoll und nicht tragfähig angesehen.

So kam der GM Lehmann (Stellv. des Chefs der MAK "Friedrich Engels" und Chef Wissenschaft und Forschung) zu der Auffassung:

"Wir müssen mit den Menschen ins Gespräch kommen, die uns wohl gesonnen sind. Dazu muß die Partei mobilisiert und ihre Funktionäre vorbereitet werden. Ich bin auch der Meinung, daß es der Partei nichts schadet, wenn sie z. B. 200 000 Mitglieder verliert. Wir müssen nur aufpassen, daß dies nicht die falschen

Stimmungs- und Meinungsbild unter Angehörigen und Zivilbeschäftigen der NVA und der GT/DDR

BStU
000121
4

Genossen sind, die sich echt um unsere Entwicklung sorgen. Weiterhin haben wir achtzugeben, daß die Arbeiterklasse bei den zu treffenden Entscheidungen nicht ausgeklammert wird, eine echte Volksaus- sprache geführt wird und nicht wieder Entscheidungen vom grünen Tisch fallen. Dabei geht es meines Erachtens nicht um eine grundsätzliche Wende, die wir gar nicht nötig haben. Aber es müssen einige Sachen angegangen werden, z. B. Fragen des Leistungsprinzips."

Der GM Schlothauer (Chef des Stabes im Kdo. MB III) schlußfolgerte aus der nicht größer werdenden Anzahl der Demonstranten, daß die Masse der Bevölkerung hinter der Politik des Staates steht und man "jetzt mit allen Menschen reden und ihnen klarmachen muß, wie wir die Probleme lösen wollen, damit wir nicht noch mehr Menschen verlieren".
(Beide Beispiele sind nur im MfS auswertbar.)

Die Forderung, nach einem breiten öffentlichen Meinungsaustausch über die entstandene Situation sowie die Ziele und Wege der weiteren Entwicklung unserer Gesellschaft wurde von mehreren Offizieren erhoben.

Einige Berufskader sprechen sich für einen Dialog auch mit den Vertretern des "Neuen Forums" aus. (Im BÜK-2/ Magdeburg wird in der Unkenntnis über Ziele und Inhalte

Stimmungs- und Meinungsbild unter Angehörigen und Zivilbeschäftigte der NVA und der GT/DDR

BStU
000122

5

der Arbeit des "Neuen Forums" eine Ursache der Unter-
stützung und Befürwortung dieser Gruppe gesehen.)

Den Partei- und Staatsorganen aller Ebenen wird

- Verunsicherung und Konzeptionslosigkeit,
- Inaktivität und
- mangelndes Vertrauen in die eigene Bevölkerung

vorgeworfen.

So bedauert ein General der MAK, "daß sich immer mehr
ein Spalt entwickelt zwischen der Parteiführung und
der breiten Masse der Mitglieder."

Politisch negative Kräfte in den Streitkräften fühlen
sich durch die "Erfolge" der oppositionellen Kräfte in
ihren Ansichten bestärkt und zu eigenen Aktivitäten
ermuntert. Das belegen

- das Ansteigen der Zahl von Hetzschmierereien,
- das offene Bekenntnis zu den Ideen des "Neuen Forums",
- die Teilnahme an bzw. Anwesenheit bei "Demonstrationen"
und
- in Einzelfällen geäußerte Erwartungen, daß es in der DDR
"kippen und endlich andersherum gehen" werde.

Bausoldaten des IBB-40/Kdo. LaSK schlußfolgerten:

Die Demonstrationen in Berlin haben gezeigt,
daß man auch im Zentrum der Macht den führenden
Politikern Angst machen kann."

Verteiler

- Stellv. des Ministers,
Gen. Generalleutnant Neiber
- ZAIG/Bereich 1/Leiter
- Leiter Hauptabteilung I